

## KANT. ABSTIMMUNG

## Dreimal Ja für mehr Gesundheit



Béatrix von Sury (CVP)

Am 10. Februar werden wir Baselbieter Bürgerinnen und Bürger über einen äusserst wichtigen Deal entscheiden. Es geht um die Fusion des Kantonsospitals BL und des Unispitals BS.

Wenn wir weiterhin eine topmedizinische Versorgung in unserer Region haben wollen, kommen wir nicht um diese Fusion herum. Warum: Um gewisse medizinische Eingriffe durchführen zu müssen, brauchen die Spitäler die notwendigen Fallzahlen. Dies geht nur, wenn sich beide Kantone zusammenschliessen. Sollte dieses Mindestmass an Fallzahlen nicht erreicht werden, werden diese spezialisierten Ärztinnen und Ärzte in andere Kantone abwandern. Folglich müssen wir dann nach Zürich oder Bern, was keine Be-

handlung nahe dem Wohnort mehr ermöglicht. Auch werden sich dann kaum hoch motivierte Ärzte bei uns ausbilden lassen, wenn unsere Medizin nicht auf top Niveau ist. Innovation und Fortschritt werden so nicht möglich sein. Ausserdem wird die Infrastruktur immer komplexer, weshalb es sinnvoll ist, dass ein gemeinsames Unispital Nordwest diese Infrastruktur teilt, um die Auslastung zu verbessern.

Nur mit einer Fusion können wir diese Voraussetzungen erreichen. Die von Anderen vorgeschlagene Kooperation besteht bereits heute. Sollten wir dieser Fusion nicht zustimmen, wird das Loch in der Kasse des Kantonsospitals noch grösser und wir können kaum mehr auf die Kostenentwicklung einwirken.

Sagen wir Ja zur Nutzung von Synergien, Ja zur besseren Planung, Ja zur Einflussnahme bei der Kostenentwicklung. Ja zum gemeinsamen Unispital.

Béatrix von Sury  
Landrätin, Gemeinderätin CVP

## EIDG./KANT. ABSTIMMUNGEN

## Abstimmungsparolen der SP Reinach

Die SP Reinach hat an ihrer Parteiversammlung vom 17. Januar die Parolen für die Abstimmungsvorlagen vom 10. Februar gefasst. Einstimmig wurde die Nein Parole zum kantonalen Gesetz zur Abgeltung von Planungsmehrwerten (Mehrwertgesetz) beschlossen. Die vom rechtsbürgerlichen Landrat verabschiedete Vorlage stellt eine Mogelpackung dar, weil sie nicht nur der Gemeindeautonomie widerspricht, sondern die Gemeinden auch auf den Kosten für zusätzliche Infrastruktur sitzen lässt.

Die SP Reinach hat, wie die Delegierten der SP Baselland, 3 Mal die Ja-Parole zu den Spitalvorlagen gefasst. Entscheidendes Argument war die Sicher-

ung eines guten Gesundheitswesens und der Spitalstandorte im Kanton Baselland. Damit in Zukunft auch ein Unispital in unserer Region existieren kann, braucht es den Zusammenschluss der regionalen Spitäler.

Die Ausgleichsinitiative will eine solidarischere Verteilung der Soziallasten unter den Gemeinden im Kanton erreichen. Die Vorlage wurde kontrovers diskutiert. Schlussendlich wurde aufgrund des Solidaritätsgedankens die Ja-Parole beschlossen, der Gegenvorschlag wurde abgelehnt, bei der Stichfrage entschied man sich für die Initiative.

Die eidgenössische Zersiedelungsinitiative fand viel Zustimmung und die Ja-Parole wurde beschlossen. Auch in unserer Region werden unverbaute Lebensräume immer seltener. Darum unterstützen wir ein System, welches unser Kulturland schützt und haushälterisch mit dem kostbaren Boden umgeht.

Melanie Thönen,  
Co-Präsidentin SP Reinach



## LESERBRIEF

## Keine Alternative zu Peter Leuthardt?

Kürzlich war dem Wochenblatt zu entnehmen, dass der langjährige technische Geschäftsleiter der Gemeinde Reinach mit einem Beratervertrag weiter beschäftigt wird. Wie lange weiss ich nicht. Als Tiefbauingenieur und Städteplaner hat er die Geschichte von Reinach in Sachen Stadtentwicklung während Jahren stark geprägt. Er war ein anerkannter Fachmann, auch wenn ich mich als «Baulaie» nicht immer mit seinen Vorstellungen und Zielsetzungen anfreunden konnte. Seine Rente und sein Zusatz Einkommen seien ihm gegönnt.

Doch im Zuge der immer stärker wachsenden und prekären Probleme auf dem Arbeitsmarkt für Menschen «45plus» und «50plus» frage ich mich ernsthaft, wieso ein öffentlicher Arbeit-

geber nicht Menschen in dieser Altersspanne eine Chance gibt. Es gibt Personen mit der Qualifikation eines Peter Leuthardt, welche eine solche Teilzeitstelle gerne annehmen würden. Gab es wirklich keine Alternative zu Peter Leuthardt? Sind seine Fähigkeiten derart einmalig und einzigartig? Sein Ausscheiden kommt irgendwann sowieso. Weshalb hat man als Gemeinde Reinach hier nicht eine Vorbildfunktion übernommen und einem jüngeren Kandidaten oder Kandidatin aus der oben genannten Altersspanne eine Chance gegeben? Es käme der öffentlichen Hand gut an, hier ein Zeichen zu setzen.

Trotzdem, lieber Peter Leuthardt; alles Gute weiterhin.  
Ulrich Berger,  
e Einwohnerrat, SVP Reinach

## KANT. ABSTIMMUNG

## Die Spitalfusion: Für mich stimmt sie.

Fusionen sind komplizierte Geschäfte. Die Spitalfusion ist da keine Ausnahme, im Gegenteil. Das macht es so schwierig, mit einem Ja oder Nein zu bestimmen, ob sie stattfinden soll. Mir haben einige Fakten beim Entscheid geholfen. Kantone wie etwa Bern oder Zürich haben schon länger so grosse Spitäler. Neu wäre nur, dass Spitäler aus zwei Kantonen fusionieren. Und der Bund hat bestimmt, dass nur Spitäler mit genügend den Fallzahlen zu Zentren der hoch spezialisierten Medizin werden können. Mit der Fusion haben wir die bessere Chance, ein solches Zentrum zu bilden. Und mit diesem Zentrum stärken wir auch den Forschungsplatz im Bereich Life Sciences in der Region.

Natürlich haben die beiden Basel auch in Zukunft eine Mehrfachrolle in der Gesundheitspolitik, als Eigentümer, bei Leistungsaufträgen, als Gesundheitsplaner etc. Die Fusion ändert da nicht viel. Und der Wettbewerb wird nicht übermässig beeinträchtigt, das sagt die Wettbewerbskommission. Mit der Fusion können die Aktivitäten und Ressourcen der öffentlichen Spitäler besser koordiniert werden. Das wird auch bei medizinischen Dienstleistungen und deren Kosten immer wichtiger. Diese Chance sollten wir packen! Und das bereits fusionierte Kinderspital beweist, dass eine Fusion funktionieren kann. Ich sage deshalb Ja zur grossen Spitalfusion!

Peter Tobler

## WAHLEN 2019

## Umfahrung in den Untergrund



Martin Karrer (SVP)

In wenigen Wochen hält bei uns wieder die Fasnacht Einzug. Die jeweiligen Plaketen sind oft Spiegel dessen, was uns in der Region am meisten bewegt. Folgerichtig nimmt sich die Aescher Blaggede dem Sujet Durchstich Aesch Nord an, der das verkehrsgeplagte Aescher Zentrum endlich vom A18-Verkehr entlastet. Gut so, denn der Verkehr wird mit den Wachstumsaussichten für die Birsstadt in den kommenden Jahren mit Bestimmtheit nicht abnehmen. Ohne Frage muss auch Reinachs Zentrum, das ebenfalls stark vom A18-Durchgangsverkehr in Mitleidenschaft gezogen wird, zukünftig eine Entlastung erfahren. Für mich gibt es hierfür nur eine Lösung: ab in den Untergrund! Auf dem Tunnelweg können die wertvollen Landressourcen zwischen Reinach und Aesch erhalten bleiben. Gerade das Aeschfeld in direkter Nachbarschaft zum aufstrebenden Wirtschaftsgebiet Aesch Nord ist eine der letzten Kulturlandflächen im immer stärker besiedelten Birseck. Neben dem Birsufer ist es eines der noch wenigen Rückzugsgebiete für Tiere und zeitgleich Erholungsgebiet für Wanderer, Jogger, Hündler, Velofahrer etc. Als solches gilt es das Aeschfeld auch zukünftig zu erhalten.

Martin Karrer, Pfeffingen,  
Landrat SVP  
Liste 3

## KANT. ABSTIMMUNG

## Autonomie sabotiert



Werner Strüby

Bei Um- und Aufzonungen entstehen für die Steuerzahler in den Gemeinden Kosten. Deshalb sollen Arealbesitzer einen Teil ihres Profits mit der üblichen Mehrwertabgabe an diese Kosten beisteuern. Die regierungsrätliche Vorlage sah vor, dass die Gemeinden eine eigene Regelung bei Um- und Aufzonungen treffen konnten. Genau dies will nun eine Landratsmehrheit den Kommunen mit dem vorliegenden Gesetz verbieten. Die Gemeinden und die Steuerzahlenden sind somit die Geprüllten. Sie bezahlen die erforderlichen Aufwertungsmaßnahmen, um auch bei dichter Bebauung eine lebenswerte Gemeinde mit Kindergärten, Primarschulen, Turnhallen und Sportplätze, einer Wasser- und Energieversorgung, Kanalisation, Trottoirs und Strassen zu bleiben – werden dafür aber nicht entschädigt. Profiteur ist einzig der Arealbesitzer, dessen Land dank staatlicher Planung über Nacht ein Mehrfaches an Wert gewinnt. Darum Nein zum Gesetz über die Abgeltung von Planungsmehrwerten. Wir wollen Gerechtigkeit.

Werner Strüby

## KANT. ABSTIMMUNG

## Der Planungsmehrwert gehört allen!



Jan Kirchmayr (SP)

Bei Auf- und Umzonungen entsteht ein Planungsmehrwert. Das Grundstück des Besitzers erhält dadurch einen höheren Wert, ohne dass der Besitzer etwas dafür leistet. Gleichzeitig entstehen für die Gemeinden Planungs- und Infrastrukturkosten. Schliesslich kann nach einer Aufzonung höher gebaut werden und mehr Menschen können dort wohnen. Nun sollte es logisch sein, dass die Gemeinden einen Teil dieses Planungsmehrwerts abschöpfen.

Doch das sieht die Abstimmungsvorlage nicht vor. Den Gemeinden wird explizit verboten, einen Mehrwert bei Auf- und Umzonungen zurückzufordern, um damit Infrastrukturen zu finanzieren. Der rechtsbürgerliche Landrat ignoriert dabei die Interessen der Gemeinden. Die Abstimmungsvorlage hat nichts mit einem Kompromiss zu tun, sondern sie bevormundet die Gemeinden und schränkt diese massiv ein. Am Schluss bleiben die Steuerzahler auf den Kosten für die Infrastrukturen sitzen, das kann nicht sein! Deshalb Nein zum Gesetz zur Abgeltung von Planungsmehrwerten. Zurück zum Absender damit!

Jan Kirchmayr,  
Landrat SP, Aesch

## WAHLEN 2019

## Kinderbetreuung geht uns alle an



Léonie Laukemann (Grüne)

Die Kinderbetreuung wird heute noch zu einem grossen Teil durch die Frau geleistet. Heute betreuen nur gerade rund 7 Prozent der Paare ihre Kinder in etwa in gleichen Teilen. Dies hat diverse Gründe. Einer der Gründe ist, dass die Wirtschaft zu wenige Teilzeitstellen anbietet. Ein weiterer Grund sehe ich in der Akzeptanz der Gesellschaft für Teilzeitarbeitende und Kinderbetreuende Männer. Immer noch werden Männer belächelt, wenn sie sagen, sie arbeiten nur 50 Pro-

zent und übernehmen den Rest der Zeit die Kinderbetreuung sowie den Haushalt. Bereits heute stelle ich einen Wandel fest, jedoch einen viel zu langsamen. Der Kanton Baselland bietet heute fast alle Stellen jeweils 80-100 Prozent an. Damit der Wirtschaft gut ausgebildete Frauen nach der Geburt eines Kindes nicht verloren gehen, sollten Unternehmen vermehrt einen Wandel Richtung Teilzeitgesellschaft anstreben. Der Kanton Baselland sollte als gutes Beispiel vorangehen und zunehmend auf 40-60 Prozent-Stellen setzen. Davon würden alle profitieren! Die Vereinbarkeit von Familie und Karriere sollte sowohl für Frauen wie auch für Männer möglich sein.

Léonie Laukemann,  
Landratskandidatin Grüne BL

## WAHLEN 2019

## Denkt an das lokale Gewerbe!



René Meier (GLP)

Am 31. März wird der Landrat neu gewählt. In einem grenznahen Gebiet wie unserem Kanton setzen wir uns ein für faire und realistische Bedingungen des lokalen Gewerbes. Es wäre eine Fantasie, den Einkaufstourismus komplett wegzuwünschen. Aber es muss das Ziel sein, unsere Rahmenbedingungen attraktiv zu gestalten. Und dies beginnt nicht nur in unserer Stadt vor der Stadt, sondern im gesamten Birseck, Laufen und Leimental. Wir sollten zuerst an das Gewerbe in der nahen Umgebung denken, bevor uns das Euroland lockt. Nach der erfolgreichen Gewerbeausstellung 2018 liegt der Gedanke nahe, unser lokales Gewerbe auch in der nahen Umgebung mittels Märkten und Gastausstellungen zu verankern. Und im Ge-

genzug das Nachbargewerbe, das unser Angebot komplementiert, den Reinachern näher zu bringen. Denn zusammen sind wir immer besser aufgestellt, geografisch, verkehrstechnisch und wirtschaftlich.  
René Meier, Grünliberale  
Reinach-Aesch-Pfeffingen

Jean-Jacques Welz  
in den Landrat  
Weniger Bürokratie  
Südmufahrung Reinach NEIN glp

## KANT. ABSTIMMUNG

## Planungsmehrwert: Wer prellt wen?



Paul Wenger (SVP)

Wenn ich die Homepage der Gemeinde Münchenstein ansehe, staune ich. Zuerst über meine ganze PC-Seite steht reisserisch «geprellt». Dies der Kampfslogan der Gegner. Bei der Abgeltung von Planungsmehrwerten (so heisst das Gesetz, über welches wir abstimmen) wird niemand geprellt. Bei einer Annahme erfüllt der Kanton Basel-Landschaft die bundesrechtlichen Vorgaben. Bei einer Einzonung sind die Planungsvorteile mit einer Abgabe von 20 Prozent des Bodenmehrwerts abzugelten. Diese Mehrwertabgabe steht zu 75 Prozent dem Kanton und zu 25 Prozent der Standortgemeinde zu. Bei Quartierplanungen und Ausnahmeüberbauungen können die Gemeinden mit der betroffenen Grundei-

gentümerschaft in einem verwaltungsrechtlichen Vertrag einen Infrastrukturbeitrag in Form von Geld-, Sach- oder Dienstleistungen vereinbaren. Jede Gemeinde handelt nach wie vor autonom und hat jederzeit die Möglichkeit, abhängig von ihrem Aufwand, mehr auszuhandeln. Mit einer Annahme des Gesetzes entscheiden Sie sich für einen fairen Landratskompromiss. Fair weil Um- und Aufzonungen nicht betroffen sind und weil wir endlich eine gesetzliche Grundlage haben, die für alle Gemeinden gilt. Ferner riskieren wir keinen Planungsstopp für Jahre. Viele Gemeinden (Reinach ist nicht dabei) führen einen Abstimmungskampf gegen das Gesetz mit Steuergeldern von uns allen. Unrechtmässig und ohne gesetzliche Grundlage (ein Franken pro Einwohner). Quizfrage: Wer prellt hier wen? Ja zum fairen Landratskompromiss, Ja zur Mehrwertabgabe.

Paul Wenger,  
Landrat SVP Reinach

Fairer Landrats-Kompromiss

**JA**

Mehrwert-abgabe

Rolf Blatter  
Landrat FDP  
Pfeffingen

Ein JA erlaubt den Gemeinden, mit Investoren Verträge über Infrastrukturbeiträge abzuschliessen – sie gehen also nicht leer aus. »

10. Feb. 2019 www.mehrwertabgabe-ja.ch